

A. e) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen

01) Resolution der deutschen Landsleute im Ausland zur Feier der 100. Staatsgründung der Tschechoslowakei

Wir, die Unterzeichner, zumeist in Deutschland oder Österreich lebende, deutsche Staatsbürger der ersten Republik (ČSR) und ihre Nachkommen, beschließen folgende Resolution und veröffentlichen die „100 Jahre Resolution“ als

offenen Brief:

„Resolution der deutschen Landsleute im Ausland zur Feier der 100. Staatsgründung der Tschechoslowakei“.

Wir, die Unterzeichner, zumeist in Deutschland oder Österreich lebende, deutsche Staatsbürger der ersten Republik (ČSR) und ihre Nachkommen, beschließen folgende Resolution und veröffentlichen die „100 Jahre Resolution“ als offenen Brief:

„Resolution der deutschen Landsleute im Ausland zur Feier der 100. Staatsgründung der Tschechoslowakei“

Das 100 jährige Jubiläum der Staatsgründung des Rechtsvorgängers der Tschechischen Republik ist ein besonderer Feiertag und soll in Bezug auf die Geschichte ihrer Bevölkerung und das Selbstbestimmungsrecht der Völker heute Anlass sein, allen Staatsbürgern Grund zur Freude zu geben, Zusammenhalt zu zeigen, gleich ob sie zuhause tschechisch oder deutsch sprechen, da ihre Heimat in dem vor 100 Jahren geschaffenen Staat dieselbe ist. Allen Bewohnern ist damals gemeinsam gewesen – staatlich gesehen – Altösterreicher zu sein. Je nach Nationalität hatten die Menschen und Landsleute in der damaligen Zeit unterschiedliche Vorstellungen, die zu Blutvergießen führten. Der erste Staatspräsident Tomáš Masaryk nannte zwar die Vision eines Vielvölkerstaates nach Schweizer Modell, doch wurden von der tschechoslowakischen Regierung nicht analog die Regeln eingeführt, die den Schweizer Erfolg garantieren. Aktivisten unter den deutschen wie tschechischen Bürgern der böhmischen Länder bemühten sich um eine faire Gesellschaft und ein gutes Zusammenleben. Umgekehrt trugen deutsche Separatisten ihrerseits zum Verfehlen des Staates bei und verhinderten das staatliche Gelingen. Dennoch war die erste Republik in Europa zeitweilig eine Insel der Demokratie.

Vergangenes kann man nicht ungeschehen machen, doch im hier und jetzt können wir alle handeln und einander Würde und Anerkennung schenken. Nachdem im Prager Vertrag von 1973 das Münchner Abkommen von 1938 übereinstimmend für nichtig erklärt wurde, sind folglich die 1945/ 1946 gezwungenermaßen Geflüchteten und Vertriebenen tschechoslowakische Staatsbürger mitsamt ihren Rechten geblieben. Die Normen auf denen die kollektive Aberkennung der Rechte fußt, sind Unrecht. Wir Menschen von heute und die Kinder von damals können nichts für das Übel, was untereinander die Eltern-, Großeltern- und Urgroßelterngeneration sich angetan hat.

Um die Wunden zu heilen hat der frühere Staatspräsident Václav Havel 1991 den sogenannten Sudetendeutschen, den deutschen Staatsbürgern der alten Tschechoslowakei, die im Exil leben, ein Angebot gemacht. Er hat die Wiedergewährung der Staatsbürgerschaft, das Rückkehrrecht und eine Koupon-Entschädigung angeboten.



Auch wenn er der Zeit voraus war, ein Staatsmann und Visionär eben, so ist sein Vorschlag richtig. Er ist richtig, weil er versöhnt. Er ist richtig, weil er die Würde der eigenen Nation wiederherstellt. Er ist richtig, weil er dem Staat und seinen Staatsbürgern Würden verleiht. Würde verleiht er mit der Beseitigung von Unrecht. Wahrheit siegt.

Wir bitten die heutige tschechische Regierung, alle Parlamentsabgeordneten und alle politisch Verantwortlichen aus unserer alten Heimat, beziehungsweise der Heimat unserer Eltern und Vorfahren, und unsere Nachkommen ins Recht zu setzen, uns als Volksgruppe die Würde zu gewähren, uns Landsleuten im Ausland die Staatsbürgerschaft, die Rückkehr und eine Entschädigung anzubieten. Beginnen Sie mit den erforderlichen gesetzlichen Maßnahmen bitte jetzt“.

20.10.2018 Dr. Harald von Herget,
Söckinger Straße 19a, D-82319 Starnberg, harald.vonherget@gmx.net

Deutschsprachige Bürger der ersten Tschechoslowakischen Republik und ihre Nachkommen im Ausland

ist richtig, weil er die Würde der eigenen Nation wiederherstellt. Er ist richtig, weil er dem Staat und seinen Staatsbürgern Würde verleiht. Würde verleiht er mit der Beseitigung von Unrecht. Wahrheit siegt.

Wir bitten die heutige tschechische Regierung, alle Parlamentsabgeordneten und alle politisch Verantwortlichen aus unserer alten Heimat, beziehungsweise der Heimat unserer Eltern und Vorfahren, uns und unsere Nachkommen ins Recht zu setzen, uns als Volksgruppe die Würde zu gewähren, uns Landsleuten im Ausland die Staatsbürgerschaft, die Rückkehr und eine Entschädigung anzubieten. Beginnen Sie mit den erforderlichen gesetzlichen Maßnahmen bitte jetzt.“

Mit meiner Unterschrift unterstütze ich die vorstehende Resolution/den offenen Brief.

Nr.	Vorname	Nachname	Straße	PLZ, Ort	Unterschrift
1					
2					
3					
4					
5					
6					
7					
8					
9					
10					
11					
12					
13					
14					
15					



02) Festakt am 29. Oktober in Berlin: „20 Jahre Beauftragte für Kultur und Medien“

Ohne Kultur keine Tradition und kein Fortschritt

Mit einem Festakt im rekonstruierten Berliner Schloss hat die Bundesregierung das 20-jährige Bestehen des Amtes der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien gefeiert. "Wir sollten nie vergessen, dass die Kunstfreiheit eine der wichtigsten demokratischen Errungenschaften ist", erklärte Bundeskanzlerin Merkel in ihrer Festrede.

Der Ort war nicht zufällig gewählt: Zur Feier des 20. Jubiläums hatte Kulturstaatsministerin Monika Grütters am Montag ins Foyer des Humboldt Forums geladen. Bei Tage noch nüchterne Baustelle, verwandelte sich Deutschlands ambitioniertestes Kulturvorhaben am Abend zur feierlichen Bühne für die Kulturpolitik des Bundes. Neben Bundeskanzlerin Angela Merkel waren auch Grütters Vorgängerinnen und Vorgänger im Amt unter den rund 600 Gästen aus Kultur, Politik und Medien anwesend.

Merkel: Kultur und Medien sind systemrelevant

In ihrer **Eröffnungsrede** unterstrich die **Kanzlerin** die Bedeutung der Kultur für den gesellschaftlichen Zusammenhalt: "Kultur und Medien sind für uns systemrelevant. Ohne Kultur keine Tradition und kein Fortschritt, und ohne freie Medien keine lebendige Demokratie."

Entsprechend hoch sei der Stellenwert, den die ganze Bundesregierung der Kultur- und Medienpolitik einräume, betonte die Kanzlerin. Sinnbildlich dafür stehe das Büro der Staatsministerin, das im Bundeskanzleramt beheimatet ist.

Kultur aus sich heraus verstehen

Mit Blick auf das Humboldt Forum, das Ende nächsten Jahres eröffnet werden soll, erinnerte Merkel an Alexander von Humboldt, der als zweiter Entdecker Südamerikas gefeiert wird: "Und das nicht von ungefähr, denn er wollte jede Kultur - so weit möglich - aus sich heraus verstehen."

Diese Maxime spiegele sich im Konzept des Humboldt Forums wider, indem es Einblicke in und Neugier auf die außereuropäischen Kulturen vermitteln wird. "Neugier auf andere Kulturen und das Bewusstsein für die eigene Kultur gehören unmittelbar zusammen", so die Kanzlerin. "Je besser wir unsere eigenen kulturellen Hintergründe kennen, umso besser können wir auch die Kulturen anderer Länder und Völker begreifen, Gemeinsamkeiten sehen und Unterschiede verstehen, und umso besser lassen sich auch Wege zu einem friedlichen und gedeihlichen Miteinander auf unserer Welt finden."

"Überflüssig wie ein Marinemuseum für die Schweiz"

Für **Kulturstaatsministerin Grütters** steht das Humboldt Forum auch "exemplarisch für die ebenso erfreuliche wie erfolgreiche Entwicklung der Bundeskulturpolitik in den vergangenen 20 Jahren."



Grütters erinnerte daran, dass die Gründung der Kulturbehörde des Bundes 1998 genauso wie die Entstehung des Humboldt Forums von heftigen Kontroversen begleitet war. Ein solches Amt sei in Deutschland, in dem die Zuständigkeit für die Kultur bei den Ländern liegt, so "überflüssig wie ein Marinemuseum für die Schweiz" hatte etwa der damalige bayerische Kultusminister Hans Zehetmair befunden.

Dass weder die Bundeskulturpolitik noch das Humboldt Forum "überflüssig" sind, begründete Grütters mit der "integrativen Kraft" der Kultur in einer zunehmend pluralistischen und auch zunehmend polarisierten Gesellschaft: "Kultur ist Modus gesellschaftlicher Selbstverständigung – gerade dort, wo unterschiedliche Lebensvorstellungen und Weltanschauungen sich unversöhnlich gegenüberstehen und die Kraft des besseren Arguments gegen Mauern aus Ressentiments und Vorurteilen stößt", erklärte die Staatsministerin.

Wichtig sei es, als Gesellschaft im Gespräch, in der Verständigung über die "großen Fragen" zu bleiben, hob Grütters hervor. "Statt in reiner Selbstbezüglichkeit zu verharren, empfiehlt Deutschland sich heute als Partner in der Welt: als treibende Kraft einer Verständigung der Völker, eines Dialogs der Weltkulturen."

Kulturelle Vielfalt gegen populistische Einfalt

Dialogfähigkeit bedeute aber nicht Standpunktlosigkeit, so die Kulturstaatsministerin. Im Gegenteil: Verständigung brauche Haltung. "Und unsere Haltung der Offenheit, der Freiheit und auch der Barmherzigkeit, der Solidarität hat ihre Wurzeln auch und insbesondere in unserem christlichen Menschenbild. Die kontroverse Debatte, die das Humboldt Forum mit dem Kreuz auf der Kuppel schon vor der Eröffnung ausgelöst hat, darf man im Übrigen getrost als gutes Vorzeichen für ein Museum neuen Typs sehen, das sich künftig als Katalysator öffentlicher Meinungsbildung profilieren soll."

Kulturelle Vielfalt, in der sich auch sperrige, unbequeme, provozierende und irritierende Positionen in Freiheit entfalten könnten, sei deshalb das Beste, was populistischer Einfalt entgegen zu setzen sei, fuhr Grütters fort. "Und zweifellos brauchen wir, um unsere demokratische Kultur der Verständigung gegen ihre Verächter zu verteidigen, die Lehren aus der Aufarbeitung unserer Vergangenheit, die Vielstimmigkeit unabhängiger Medien, die Ideen der Kultur- und Kreativwirtschaft, die Phantasie und auch den Widerspruchsgeist der Kunst – und eine Kultur- und Medienpolitik, die dafür Raum und Rahmenbedingungen schafft."

In diesem Sinne habe sich das Amt der BKM in den vergangenen 20 Jahren hohes Ansehen und breites Vertrauen erarbeitet. Diese erfolgreiche Entwicklung sei insbesondere der verlässlichen Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin sowie der parteiübergreifenden Unterstützung aus dem Deutschen Bundestag und der konstruktiven Zusammenarbeit mit den Ländern und Kommunen im Rahmen des kooperativen Kulturföderalismus zu verdanken, erklärte die Staatsministerin.

Der Kulturnation Stimme verleihen ...

Deutschland ist genauso wie Frankreich und Großbritannien eine Kulturnation. Aus diesem Selbstverständnis heraus, hat der Bund mit der Schaffung des Amtes Beauftragte für Kultur und Medien seine kulturpolitischen Maßnahmen in einer eigenständigen



Behörde zusammengeführt. War die Kultur zuvor im Wesentlichen eine einzige Abteilung im Bundesministerium des Innern, die die kulturpolitische Arbeit auf Bundesebene stützte, wechselte die Zuständigkeit 1998 in eine eigene Oberste Bundesbehörde unter der politischen Leitung eines Staatsministers oder einer Staatsministerin, die direkt der Bundeskanzlerin unterstellt ist und ihren Sitz im Bundeskanzleramt hat.

Damit haben Kultur und Medien in den vergangenen 20 Jahren ihren eigenen Stellenwert in der Regierungspolitik gefunden - und er nimmt stetig zu. Dies spiegelt sich unter anderem in den erheblichen Steigerungen des Etats für Kultur und Medien in den vergangenen Jahren wider. So gab es auch 2018 mit einem Gesamthaushalt von 1,78 Milliarden Euro einen kräftigen Zuwachs von knapp neun Prozent gegenüber 2017. Zudem sind Kernthemen des aktuellen Koalitionsvertrags wie Integration, Zusammenhalt in Vielfalt, ländliche Räume, gleichwertige Lebensverhältnisse wichtige kulturpolitische Themen auf der Agenda der Bundesregierung.

... und passende Rahmenbedingungen setzen

Die Kulturpolitik des Bundes ist deshalb mehr als die „Summe der Kulturen“ der einzelnen Bundesländer. Der Bund kümmert sich in der Fläche um passende Rahmenbedingungen zur Förderung von Kunst, Kultur und Medien in ganz Deutschland. Dazu gehören unter anderem der Kulturgutschutz, Programme zur Förderung von Projekten der kulturellen Bildung und Integration, die Filmförderung, die Künstlersozialversicherung, der Erhalt des Filmerbes und des schriftlichen Kulturgutes, die Digitalisierung von historischen Museumsbeständen.

Zudem ist die Beauftragte für Kultur und Medien bundesweit und im Ausland verantwortlich für insgesamt 74 institutionell geförderte Einrichtungen - darunter die großen nationalen Kultureinrichtungen wie die Stiftung Preußischer Kulturbesitz, die Klassikstiftung Weimar, das Literaturarchiv in Marbach oder die Bundeskulturstiftung - sowie für hunderte Förderprojekte. Die Aufarbeitung der NS-Raubkunst und der Kunst aus kolonialem Kontext, das Gedenken und Erinnern an die Opfer der zwei Diktaturen in der jüngeren Geschichte Deutschlands sind ebenso Themen von gesamtstaatlicher Bedeutung.

Quelle: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/bundesregierung/staatsministerin-fuer-kultur-und-medien/ohne-kultur-keine-tradition-und-kein-fortschritt-1541164>

*

Rede von Bundeskanzlerin Merkel zum 20-jährigen Bestehen des Amtes der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) am 29. Oktober 2018 in Berlin

Montag, 29. Oktober 2018, 19:38 Uhr in Berlin

Exzellenzen,
sehr geehrte Frau Staatsministerin, liebe Monika Grütters,
liebe Vorgängerinnen und Vorgänger,



liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Kabinett und dem Deutschen Bundestag,
liebe Kolleginnen und Kollegen aus den Ländern und Kommunen,
liebe Anwesende der Festversammlung,

vor zehn Jahren haben wir das erste runde Jubiläum einer außergewöhnlichen und erfolgreichen Idee des Bundeskanzlers Gerhard Schröder gefeiert: zehn Jahre BKM. Damals, im Herbst 2008, nahm die internationale Finanzkrise ihren Lauf. Sie ging mit erheblichen Turbulenzen auf den Finanzmärkten einher. Das Wirtschaftswachstum auch in unserem Land brach massiv ein. Nur mit vereinten Kräften, national und international, konnten wir noch Schlimmeres verhindern. Trotzdem haben wir uns damals die Zeit genommen, die Vielfalt der deutschen Kultur- und Medienlandschaft und den Anteil des Bundes daran zu feiern. Wir haben den Etat – damals noch des, später dann der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien – immer wieder erhöht; und das trotz aller Mühen zur Konsolidierung des Bundeshaushalts.

Zu Recht verstehen wir uns in Deutschland als historisch gewachsene europäische Kulturnation. Wir brauchen auch weiterhin die von der Kultur ausgehenden geistigen und kreativen Impulse – um es einmal in den Worten einer ehemaligen Physikerin etwas platt zu sagen. Denn solche Impulse sind grundlegende Voraussetzung für die Innovationskraft und Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Das heißt, Kultur und Medien sind für uns sozusagen systemrelevant – um ein finanzpolitisches Wort aus der damaligen Zeit zu benutzen. Ohne Kultur keine Tradition und kein Fortschritt; und ohne freie Medien keine lebendige Demokratie. Entsprechend hoch ist der Stellenwert, den wir in der Bundesregierung der Kultur- und Medienpolitik einräumen. Sinnbildlich dafür steht das Büro der Staatsministerin, das im Bundeskanzleramt beheimatet ist.

2008 haben wir nicht nur über Finanzkrisen und Jubiläen gesprochen, sondern zum Beispiel auch über das ehrgeizige Projekt des Humboldt Forums. Was damals noch Zukunftsmusik war, hat inzwischen deutlich Form und Gestalt angenommen. Ich konnte bereits im Frühjahr dieses Jahres den französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron hierher einladen. Und nun bietet das Forum auch Raum für Veranstaltungen wie zum Beispiel diese Jubiläumsfeier. Auch auf Berliner Großbaustellen kann es also vorangehen – das muss an diesem Tag noch einmal betont werden. An dieser Stelle heißt es immer: Ich soll nicht vergessen, dass auch der Bund an anderen Großbaustellen beteiligt ist. Das möchte ich daher ausdrücklich erwähnen.

Ende des nächsten Jahres wird das Forum offiziell eröffnet – und damit rechtzeitig im Alexander-von-Humboldt-Jahr, das wir zu seinem 250. Geburtstag begehen werden. Alexander von Humboldt, eine der für mich beeindruckendsten Persönlichkeiten, war Universalgelehrter und Weltbürger. Jahrelang reiste er durch Amerika und Asien. Er stieg auf Vulkane und durchquerte entlegene Täler. Er widmete sich der Botanik und betrieb ethnologische Studien und anderes mehr. Neugier trieb Alexander von Humboldt an. Und er selbst wiederum weckte Neugier. Unzählige Menschen strömten zu seinen Vorträgen und verschlangen seine Bücher. Wo hatte man vorher schon einmal von derartigen Abenteuern gehört und gelesen? Gerne wäre ich bei einem dieser Vorträge dabei gewesen. Ich bin immer wieder berührt: Wenn man, auf den Spuren Alexander von Humboldts, nach Lateinamerika kommt, dann merkt man, dass dort über ihn gesprochen wird, als hätte er erst vorgestern dieses Kaffeehaus verlassen oder wäre in jener Straße spaziert. Er wirkt dort noch so lebendig, als hätte er nicht vor 250 Jahren gelebt, sondern erst jüngst.



Alexander von Humboldt wurde und wird als zweiter Entdecker Südamerikas gefeiert; und das nicht von ungefähr. Denn er wollte jede Kultur, so weit möglich, aus sich heraus verstehen. Diese Maxime spiegelt sich im Konzept des Humboldt Forums wider. Es will Einblicke in außereuropäische Kulturen vermitteln. Das Humboldt Forum weckt Neugier, wie sein Namensgeber es getan hat.

Neugier auf andere Kulturen und das Bewusstsein für die eigene Kultur gehören unmittelbar zusammen. Je besser wir unsere eigenen kulturellen Hintergründe kennen, umso besser können wir auch die Kulturen anderer Länder und Völker begreifen, Gemeinsamkeiten sehen und Unterschiede verstehen – und umso besser lassen sich auch Wege zu einem friedlichen und gedeihlichen Miteinander auf unserer Welt finden. Nur wer sich auf den Dialog der Kulturen einlässt, wer sich selbstbewusst weltoffen zeigt und sich nicht abschottet, kann auch die Erfahrung einer gegenseitigen kulturellen Bereicherung machen.

Schon Alexander von Humboldt gelangte zu der grundlegenden Erkenntnis – ich zitiere aus seinem Reisetagebuch in Mexiko –: „Alles ist Wechselwirkung.“ Sich Wechselwirkungen vor Augen zu führen, verschiedenste Facetten der Globalisierung in den Blick zu nehmen, das eigene Weltbild zu erweitern – das ist es, wozu uns das Humboldt Forum einladen will; und zwar nicht nur diejenigen, die ohnehin schon viel von der Welt gesehen haben, sondern eben alle. Deshalb ist es wunderbar, dass die Dauerausstellung ohne Eintritt zugänglich sein wird.

Kultur hat die Kraft, Bewegung in gesellschaftliche Debatten zu bringen. Dies betrifft auch den Umgang mit unserer Geschichte. Nehmen wir als Beispiel den Kunstfund aus dem Nachlass des Kunsthändlers Gurlitt. Dieser spektakuläre Fall löste vor fünf Jahren eine breite Debatte aus, die vor allem eines deutlich machte: Fragen zur sogenannten NS-Raubkunst erforderten bessere Antworten als die bis dahin gegebenen. So entstand unter anderem das Deutsche Zentrum Kulturgutverluste.

Derzeit machen wir uns intensive Gedanken darüber, wie wir Kulturgüter aus kolonialen Kontexten angemessen behandeln. Ich hoffe auf ein gutes Miteinander der beiden Staatsministerinnen sowohl im Kanzleramt als auch im Auswärtigen Amt und bin sehr interessiert daran, bei Gelegenheit von den gemeinsamen Erarbeitungen zu hören. – Das war keine lustige Bemerkung, sondern ein ehrliches Interesse. Ich halte es für eines der komplizierteren Dinge, sich mit Kolonialkontexten auseinanderzusetzen.

Auch in diesem Zusammenhang zeigt sich, wie wichtig die Auseinandersetzung mit und die Aufarbeitung von Geschichte ist. Das betrifft die Erforschung ebenso wie die Vermittlung der Ergebnisse und die Rückschlüsse, die daraus für die Gegenwart und die Zukunft zu ziehen sind – eine im wahrsten Sinn des Wortes zeitlose Aufgabe. Museen, Gedenkstätten, Dokumentationszentren und Archive sind das Gedächtnis unserer Nation. Das ist auch etwas, worum sich die Bundeskulturbeauftragte verdient macht.

Die Zahl der Zeitzeugen und Überlebenden, die wir zu der Zeit des Nationalsozialismus in Deutschland, zum Zweiten Weltkrieg und zum Holocaust noch persönlich befragen können, ist nur noch sehr gering. – Ich messe dieser Übergangszeit vom Wissen der Zeitzeugen hin zum Wissen über die Zeitzeugen eine sehr, sehr große Bedeutung für die Entwicklung unserer Gesellschaft bei. – Es beginnt also ein neues Kapitel in der Aufarbeitung dieser furchtbaren Zeit. Allen, die in unserem Land leben, gilt es die immerwährende Verantwortung Deutschlands für den Zivilisationsbruch der Shoa zu



vermitteln. Unsere Werteordnung basiert auf dieser Verantwortung. Dazu gehört das klare und entschiedene Eintreten gegen Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung. Dazu gehört unser Einsatz für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Frieden; und zwar nicht nur hierzulande, sondern überall auf der Welt.

Meine Damen und Herren, mit zunehmender zeitlicher Distanz ergeben sich auch neue Herausforderungen für die Aufarbeitung der SED-Diktatur in der DDR. Mittlerweile ist eine Generation herangewachsen, die die Berliner Mauer nur noch aus Geschichtsbüchern und Erzählungen kennt. Ich sage: Zum Glück ist das so. Und zum Glück scheint für sie Demokratie selbstverständlich zu sein. Aber sie haben das Glücksgefühl 1989 selbst nicht erlebt, die eigene Meinung endlich frei äußern zu können, freie Medien nutzen zu können und freie Entscheidungen treffen zu können, ohne staatliche Repressionen – womöglich sogar für die ganze Familie – befürchten zu müssen.

Aber verspüren auch ältere Generationen dieses Glücksgefühl noch? Gehen wir in unserer Gesellschaft insgesamt mit den Errungenschaften der Demokratie nicht manchmal etwas zu leichtfertig um? Ich finde, es sollte uns sehr zu denken geben, dass wir verstärkt Angriffe auf so hohe Güter wie die Pressefreiheit erleben. Nicht selten werden Tatsachen bewusst verdreht und Falschmeldungen in die Welt gesetzt, um gezielt Vorurteile und Ressentiments zu schüren.

Ich rechne es unseren Kultur- und Medieninstitutionen hoch an, dass sie sich eine besondere Sensibilität für Gefahren bewahren, die unsere Werteordnung bedrohen könnten. Sie spüren den Ursachen nach und spornen zum Nachdenken an. Sie bieten ein breites Kontrastprogramm zum ideologischen Scheuklappendenken. Genau das braucht und belebt Demokratie.

Das gilt für unser Land ebenso wie für alle anderen. Daher will ich auch ausdrücklich würdigen, dass unsere Kultur- und Medieninstitutionen oft auch als Botschafter eines freien und offenen Miteinanders in der Welt wirken. Hervorheben möchte ich in diesem Zusammenhang die Deutsche Welle. Sie leistet unverzichtbare Arbeit in Ländern, in denen der freie Zugang zu unabhängigen Medien oft sehr schwer ist.

Auch die Kunst muss viel zu oft um ihre Freiheit kämpfen. Wir sollten nie vergessen, dass die Kunstfreiheit eine der wichtigsten demokratischen Errungenschaften ist – ein Wert an sich. Kunst lebt vom Experimentieren, vom Infragestellen alter Gewissheiten, um sich weiterzuentwickeln. Das war schon bei den Klassikern so. Johann Wolfgang von Goethe musste sich von Zeitgenossen unter anderem als „überwitziger Halbgelehrter“ und „wahnsinniger Religionsverächter“ bezeichnen lassen. Der Literaturhistoriker Heinrich Düntzer hatte dies im 19. Jahrhundert in seinen biografischen Studien über Goethe festgehalten. Dennoch gelang es Goethe, ein umfassendes Werk von Weltruhm zu schaffen.

Kunst ist also definitiv nicht immer und für jeden etwas, das gefällt. Das kann – das unterstreiche ich ganz besonders heute – gar nicht oft genug gesagt werden. Doch ungeachtet dessen wollen und müssen Künstler und Kreative von ihrer Arbeit natürlich auch leben können. Das ist deshalb auch ein Anliegen, das die Bundesregierung sehr ernst nimmt. Schon Alexander von Humboldt machte die Erfahrung, mit seinen Büchern und Artikeln nicht das zu verdienen, was ihm zustünde, weil immer wieder auch Raubdrucke seiner Texte im Umlauf waren.



Im digitalen Zeitalter stellt sich nun ganz besonders dringlich die Frage, wer mit einem Werk welche Einnahmen erzielt. Wir wissen, dass nationale Antworten da nicht reichen. Wir brauchen europäische Lösungen, um auch international etwas bewegen zu können. Tatsache ist, dass die Vielfalt der Kunst auch vom Verdienst in der Kunst abhängt.

Wem an Vielfalt gelegen ist, der kann – auch das sei heute gesagt – auch nicht hinnehmen, dass Frauen immer noch deutlich weniger verdienen als ihre männlichen Kollegen. – Geschlechterübergreifender Applaus. – Am Talent allein kann das nicht liegen. Auch mangelt es sicherlich nicht am Interesse von Frauen, im Kunst- und Kulturbereich tätig zu sein. Aber fragen wir uns doch einmal: Wie viele Intendantinnen kennen wir eigentlich? Wie viele Dirigentinnen haben wir schon erlebt? Wie viele Frauen zählen wir zur Riege der Topseller in der Malerei? Die Antworten fallen wohl oder übel eher ernüchternd aus. Das heißt, auch im Kunst- und Kulturbereich brauchen wir eine echte Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern. Ein erster Schritt ist, Gremien wie Jurys paritätisch zu besetzen. Das kann helfen, dass die Unterrepräsentation von Frauen und deren Perspektiven bei Förderentscheidungen stärker berücksichtigt werden. Die BKM-Filmförderung bietet hierfür gelungene Anschauungsbeispiele.

Ohnehin fließt in die Filmförderung bewusst viel Geld. In den zurückliegenden zehn Jahren hat allein der Deutsche Filmförderfonds weit über 1.000 deutsche und deutsch koproduzierte Werke mit mehr als 650 Millionen Euro unterstützt. Die Folge-Investitionen in Deutschland beliefen sich auf 3,8 Milliarden Euro. Dazu kommen noch die sogenannten weichen Effekte wie der Imagegewinn für Drehorte wie etwa Görlitz. Da zeigt sich einmal mehr die Bedeutung von Kunst und Kultur auch als wichtiger Wirtschaftsfaktor.

Meine Damen und Herren, an der Literatur, am Film, am Theater, an der Musik oder Malerei, an der Kunst insgesamt wie auch an den Medien können wir ablesen, wie zukunftsfähig eine Nation ist. Die Vielfalt der Kultur- und Medienlandschaft regt den Geist an, weckt Neugier, provoziert und bereichert Debatten. Diese Vielfalt ist Ausdruck gesellschaftlicher Entwicklungen und zugleich Treiber des Fortschritts. Wer sich dessen bewusst ist, weiß also, warum es das Amt der bzw. des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien gibt; und der weiß auch, dass es dieses Amt weiterhin geben muss. So findet das kultur- und medienpolitische Engagement der Länder und Kommunen eine überaus hilfreiche Ergänzung durch den Bund. Und so stärken wir gemeinsam unsere Kulturnation in all ihren Facetten.

Allen, die daran mitgewirkt haben oder mitwirken, bin ich sehr dankbar – insbesondere auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Bei dieser Jubiläumsfeier gilt mein Dank ganz besonders Ihnen, liebe Monika Grütters. Und natürlich beziehe ich auch jeden Ihrer Vorgänger im Amt mit ein. Ihnen allen ein herzliches Dankeschön. Kulturpolitik ist ein schöner Teil deutscher Politik.

Herzlichen Dank.

Quelle: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/bundesregierung/staatsministerin-fuer-kultur-und-medien/aktuelles/rede-von-bundeskanzlerin-merkel-zum-20-jaehrigen-bestehen-des-amtes-der-beauftragten-der-bundesregierung-fuer-kultur-und-medien-bkm-am-29-oktober-2018-1543444>

